

aide, le Conseil fédéral, dans son rapport intermédiaire sur les Grandes lignes de la politique gouvernementale durant la législature 1979–1983, a indiqué que notre pays devait disposer de la base juridique nécessaire pour participer précisément à ces programmes d'aide économique coordonnés, sur le plan international. Le Conseil fédéral a placé cet objectif dans la liste des tâches prévues pour la seconde moitié de la présente législature. J'espère avoir ainsi répondu, au moins partiellement, à vos préoccupations, qui sont aussi les nôtres.

Präsidentin: Herr Morel erklärt sich von der Antwort des Bundesrates befriedigt.

81.534

Postulat Braunschweig

Aussenpolitik. Neue Aspekte

Politique étrangère. Nouveaux aspects

Wortlaut des Postulats vom 9. Oktober 1981

Der Beschluss der amerikanischen Regierung, die Neutronenbombe bauen zu lassen, hat die Unruhe und die Betroffenheit über diese jüngste Drehung der Rüstungsspirale auch in der Schweiz verstärkt, nachdem vor allem junge Menschen schon die sowjetischen SS-20-Raketen mit nuklearen Mehrfachsprengköpfen und den NATO-Nachrüstungsbeschluss über die Mittelstreckenraketen Pershing-II und die Marschflugkörper Cruise Missiles mit grösster Sorge für Europa und für unser Land verfolgt haben. Es ist bekannt, dass der aussenpolitische Spielraum eines Kleinstaates eher bescheiden ist. Dennoch stellt sich die Frage, ob angesichts der zunehmenden Bedrohung alle Möglichkeiten einer aktiven Aussenpolitik ausgeschöpft sind.

Der Bundesrat wird ersucht, zum Beispiel die nachfolgenden alt-neuen Aspekte einer erneuten Prüfung zu unterziehen:

1. Verstärkung der aussenpolitischen Zusammenarbeit in Richtung Entspannung, d. h. gerechte politische Lösungen durch Verhandeln, mit den neutralen Staaten Europas sowie mit Staaten der Militärblöcke, die sich über Eigenständigkeit ausweisen. Gemeinsames und initiatives Bemühen um eigenständige europäische Stellungnahmen, auch in Bereichen der Militär-, Wirtschafts-, Währungs-, Energie- und Entwicklungspolitik.

Mehr Unabhängigkeit gegenüber den Weltmächten und ihrer Dominanz.

2. Unterstützung der Idee: Europa als atomwaffenfreie Zone vom Atlantik bis zum Ural. Schrittweise Verwirklichung durch atomwaffenfreie und militärisch verdünnte Zonen und Gebiete.

3. Vermehrte Mitarbeit bei den Blockfreien Staaten, mindestens durch ein Gesuch um Beobachter-Statut.

Texte du postulat du 9 octobre 1981

En Suisse aussi, la décision du gouvernement américain, de faire construire la bombe à neutrons, a accentué l'inquiétude et l'émotion provoquées par ce tout récent «tour de vis» donné à l'escalade du réarmement, d'autant plus que l'équipement en fusées SS-20 à ogives nucléaires multiples – du côté soviétique – ainsi que, du côté de l'OTAN, la décision de réarmer au moyen des fusées Pershing II à moyenne portée et des missiles de croisière ont déjà été accueillis avec une appréhension extrême, pour l'Europe et pour notre pays, par les représentants de la jeune génération surtout.

Chacun sait qu'en matière de politique étrangère, la marge de manœuvre d'un petit Etat est très étroite. Néanmoins et compte tenu de la menace croissante, on en vient à se demander si toutes les possibilités qui s'offrent de pratiquer une politique étrangère active ont été épuisées.

Le Conseil fédéral est donc invité à soumettre à réexamen les aspects (anciens ou nouveaux) ci-après, par exemple:

1. Le renforcement de la collaboration politique extérieure, dans le sens voulu par la détente, avec les Etats neutres d'Europe et ceux des blocs militaires, lorsque ces Etats-là font preuve d'indépendance – la détente supposant des solutions politiques équitables, obtenues par des négociations. Efforts et initiatives communs en vue de dégager des vues européennes autonomes, propres à l'ensemble du continent, y compris dans les domaines de la politique militaire, économique, monétaire, de l'énergie et du développement.

Indépendance accrue à l'égard des puissances mondiales et de leur prédominance.

2. Soutien apporté à l'idée d'une Europe considérée comme une zone désatomisée de l'Atlantique à l'Oural. Réalisation de cette idée par étapes, en créant des zones et des régions affranchies des armes atomiques, où la densité du potentiel militaire serait très faible.

3. Collaboration accrue avec les Etats non-alignés, à la faveur d'une requête tendant, pour le moins, à l'obtention du statut d'observateur.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bäumlin, Bircher, Borel, Christinat, Deneys, Duvoisin, Euler, Ganz, Gloor, Jaggi, Leuenberger, Mauch, Morf, Nauer, Neukomm, Renschler, Robbiani, Rothen, Schmid, Vannay, Ziegler-Genf (21)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Unruhe und Betroffenheit der Öffentlichkeit sind mehr als nur verständlich, richtet sich doch die Wirkung der Neutronenbombe in erster Linie gegen das menschliche Leben und nicht gegen Waffen, Maschinen und Bauten. Ihr Einsatz hat nicht in erster Linie die militärische Schwächung des Feindes zum Ziele, sondern seine Vernichtung.

Nicht weniger schwerwiegend sind die militärischen und politischen Folgen: Die Kommandogewalt geht von der Regierung auf die Offiziere an der Front über, die unter dem unmittelbaren Druck des Feindes stehen und die direkte Verantwortung für die eigenen Truppen tragen. Damit wird die Einsatzschwelle für Atomwaffen ganz wesentlich gesenkt. Der Schritt von der taktischen zur weitwirkenden, strategischen Waffe ist nur ein kleiner Schritt, wenn der Übergang überhaupt nicht nur ein fließender ist. Jede weitere Welt- oder Grossmacht fühlt sich gezwungen – sache-gezwungen – nachzuziehen, d. h. ebenfalls Neutronenbomben oder gleichwertige Waffen herzustellen. Die Verlagerung nach und die Konzentration auf Europa bringt uns das erhöhte Risiko eines Stellvertreterkrieges. Es ist äusserst unwahrscheinlich, dass die Schweiz davon nicht direkt berührt würde.

Wir fragen uns, ob die Warnungen und geäusserten Sorgen des Bundesrates dieser Entwicklung genügend Rechnung tragen und ob seine aussenpolitischen Aktivitäten ihr angemessen sind. Dabei denken wir weder an «blosses Aktivismus» noch an «spektakuläre Aktionen». Die drei Aspekte des Postulates sind als Beispiele gedacht. Wir erinnern aber auch an die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zur Neutronenbombe und zum rüstungstechnologischen Wettlauf vom 15. September 1981: «Die SP Schweiz fordert eine Initiative von IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) und Bundesrat zur Ächtung der Neutronenbombe und sämtlicher Atomwaffen durch alle Nationen der Welt.»

Ad 1. Es würde uns interessieren, ob der Bundesrat in allen aussenpolitischen Bereichen die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den neutralen Staaten Europas ausgeschöpft hat. Können zusätzlich weitere Staaten miteinbezogen werden?

Haben sich in Vergangeneheit oder Gegenwart Grenzen der Zusammenarbeit, Missverständnisse, Unstimmigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten ergeben?

Ist der Eindruck richtig, dass die Schweiz zum Beispiel auf dem Wege von Helsinki 1975 nach Madrid 1981 ihre initiale Haltung eher durch eine abwartende ersetzt hat? Ist es richtig und entspricht es auch der Meinung anderer europäischer Staaten, vorerst Verhandlungen oder mindestens Vorgespräche der Weltmächte abzuwarten? Ist es nicht erfolgsversprechender (oder weniger hoffnungslos), dem verschlechterten Klima mit neuen europäischen Vorschlägen entgegenzuwirken?

Ist die Schweiz, zusammen mit anderen europäischen Staaten, bereit, auf bisher eingenommene Positionen zu verzichten, um beispielsweise der KSZE aus der Sackgasse zu helfen, indem auf bisherige Phaseneinteilung oder andere Bedingungen für die Zustimmung zur künftigen Abrüstungskonferenz (KAE) verzichtet wird? Sinngemäss gleichgerichtete Fragen könnten auch zur soeben beendeten Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank oder zur vergangenen oder den nächsten Konferenzen zur Überprüfung der Verträge über die Nichtverbreitung von Kernwaffen gestellt werden.

Hinter allen Fragen steht das Anliegen dieses Postulats: Mehr Initiative, weniger Abwarten, Suchen nach europäischen Standpunkten und Lösungsvorschlägen, mehr Eigenständigkeit und weniger Abhängigkeit von den Weltmächten.

Ad 2. Dieser Punkt soll und kann in Verbindung mit dem Dokument 1978 gesehen werden, das der Bundesrat in Sachen Abrüstung der damaligen Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung vorlegte und das den Vorschlag für regionale Verhandlungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung enthielt. Was ist in der Zwischenzeit aus diesem Dokument und seinem Inhalt geworden?

Ad 3. Probleme, Kontroversen und Schwächen der Blockfreien Staaten sind bekannt und sollen in keiner Weise übersehen werden. Dennoch ist es denkbar, dass gerade diese Aktivitäten mithelfen könnten, aus der Erstarrung zwischen den Weltmächten herauszuführen. Und die Schweiz könnte durch ein vermehrtes Engagement, zum Beispiel in Form eines Gesuches um Beobachter-Statut, ihre jahrhundertalte Erfahrung in Neutralitätsrecht und -politik einbringen und dadurch einen bescheidenen Beitrag zur Stabilisierung leisten. Könnte dadurch unsere Neutralität nicht einen zusätzlichen, zeitbezogenen Inhalt bekommen?

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

Wie der Bundesrat in seiner Antwort auf die Interpellation der Fraktion PdA, POCH und PSA vom 1. Juni 1981 dargelegt hatte, wird die Schweiz, unter konstanter und fortgesetzter Beibehaltung ihres immerwährenden und bewaffneten Neutralitätsstatuts, fortfahren, wie sie dies im Verlauf der letzten Jahrzehnte gemacht hat, sich für Aktionen zugunsten des Friedens, für Methoden zur friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten, für die Weiterverbreitung des humanitären Völkerrechts sowie für Abrüstungsmassnahmen einzusetzen.

Ad 1. Die Schweiz unterhält mit den neutralen Staaten Europas auf verschiedenen Gebieten eine enge Zusammenarbeit. Bekanntestes Beispiel dafür ist die konstruktive Rolle, die die neutralen öfters zusammen mit den nicht-paktgebundenen Staaten Europas im Rahmen der KSZE weiterhin spielen. Durch ihre Vermittlungsbemühungen haben sie diesen Sommer dazu beigetragen, die auf einem toten Punkt angelangte Konferenz wieder in Gang zu bringen. Diese Aktivität wurde sowohl im Osten wie im Westen gebührend gewürdigt. Sofern die Voraussetzungen dazu gegeben sind, ist der Bundesrat auch bereit, eine Ausweitung dieser Zusammenarbeit auf andere Bereiche zu erwägen. Dabei darf man freilich nicht ausser acht lassen, dass sich viele weltpolitische Fragen den Einflussmöglichkeiten

der neutralen und nicht-paktgebundenen Staaten entziehen. Man muss sich auch der Grenzen einer solchen Zusammenarbeit bewusst sein, denn jeder Staat hat seine eigenen Vorstellungen über Aussenpolitik, und nicht alle verfolgen zwangsläufig dieselbe Linie.

Was jene Mitgliedstaaten von militärischen Allianzen anbelangt, die sich «über Eigenständigkeit ausweisen», so erachtet es der Bundesrat nicht als seine Aufgabe, Auswahlkriterien und Voraussetzungen für eine selektive Zusammenarbeit festzulegen.

Der Bundesrat spricht sich ebenfalls zugunsten von Bemühungen aus, die darauf abzielen, gerechte, friedliche Lösungen auf dem Verhandlungsweg zu finden und dies sowohl was die grossen europäischen als auch globalen Probleme betrifft, insbesondere jene, die sich im Rahmen der Ost-West-Beziehungen stellen. Deshalb begrüsst er die Wiederaufnahme der Kontakte zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der UdSSR, die zum Entschluss geführt haben, die Verhandlungen in Genf über eurostrategische Raketen am vergangenen 30. November wieder aufzunehmen.

Ad 2. Die Atomwaffen in Europa sind eines von verschiedenen Elementen, die zusammen das Kräfteverhältnis ausmachen. Im Rahmen der Abschreckungs- bzw. Verteidigungsstrategien der NATO und des Warschauer Paktes haben jedoch nicht alle Nuklearwaffen denselben Stellenwert. Eine Verminderung der Nuklearwaffen in Europa könnte somit wohl nur in Betracht kommen, falls den anderen Elementen des Kräfteverhältnisses gebührend Rechnung getragen würde.

Ähnliche Überlegungen gelten hinsichtlich eventueller atomwaffenfreier Zonen innerhalb Europas. Diese sind ihrerseits in den gesamteuropäischen Rahmen zu stellen. Gewisse Atomwaffen in Europa bilden einen Teil des globalstrategischen Kräfteverhältnisses und könnten deshalb nur unter der Voraussetzung einer weltweiten nuklearen Abrüstung reduziert werden.

Wie der Bundesrat schon verschiedentlich erklärt hat, unterstützt er alle jene Rüstungskontrollbemühungen, die die relevanten Faktoren hinreichend berücksichtigen und die europäische Sicherheit nicht beeinträchtigen.

Ad 3. Der Schweiz wird von der Bewegung der Blockfreien der Status eines Gastes zuerkannt, und in dieser Eigenschaft hat sie den letzten Konferenzen und Gipfeltreffen der Bewegung beigewohnt.

Dieser Gaststatus, den auch andere neutrale europäische Staaten haben, widerspiegelt die Beziehungen, welche die Staaten der Bewegung der Blockfreien mit den neutralen Staaten unterhalten. Die einen wie die anderen stimmen in gewissen Bereichen überein, und es bestehen zwischen den beiden Gruppen verschiedene Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Nichtsdestoweniger bestehen zahlreiche Unterschiede, die sie trennen.

Gegenwärtig gibt es übrigens keinen europäischen Staat unter den Beobachtern der Bewegung der Blockfreien.

Aufgrund dieser Erwägungen beabsichtigt der Bundesrat nicht, von seiner bisher eingeschlagenen Linie abzuweichen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat beantragt, das Postulat abzulehnen.

Braunschweig: Bevor ich begründe, weswegen ich das Postulat aufrechterhalte, danke ich dem Bundesrat – speziell Herrn Bundesrat Aubert – für das, was er im Sinne meines Postulates getan und gesagt hat. Damit bringe ich zum Ausdruck, dass es mir nicht um eine Neuorientierung der Aussenpolitik geht, sondern um gewisse Akzente, die in der heutigen Zeit etwas deutlicher gesetzt werden sollten. Meinem Postulat liegen einige grundsätzliche Aspekte zugrunde, die man als fünf konzentrische Kreise darstellen könnte, nämlich die Zusammenarbeit mit den neutralen Staaten Europas, mit weiteren Kleinstaaten Europas, mit

Europa selber, mit den Blockfreien Staaten, und schliesslich der UNO-Beitritt, fünf Kreise, die, wie es zu konzentrischen Kreisen gehört, einen gemeinsamen Mittelpunkt haben. Dieser Mittelpunkt ist die Entspannung, Entspannung zwischen West und Ost, aber auch zwischen Nord und Süd; heute und hier steht vor allem die Frage West-Ost zur Diskussion.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, umschreibe ich Entspannungspolitik, wie ich sie verstehe. Darauf sollten wir uns eigentlich einigen können. Entspannungspolitik beinhaltet: Gewaltverzicht, keine Rückkehr zum kalten Krieg, Konfliktlösung durch Verhandlungen, durch gemeinsame Bewältigung wirtschaftlicher, kultureller und technologischer Probleme, Vertretung der eigenen Interessen und schliesslich schrittweisen Abbau militärischer Mittel. Entspannungspolitik heisst auch vertrauensbildende Massnahmen, Stärkung des internationalen Rechts und der internationalen Organisationen, Kampf für die Menschenrechte in allen Ländern. In diesem Sinne verstehe ich Entspannungspolitik als Grundsatz, sozusagen als vorletztes Ziel, nicht nur als ein Mittel der Aussenpolitik.

Zu den fünf konzentrischen Kreisen:

Der erste Kreis bildet die Übereinstimmung und die Zusammenarbeit mit den neutralen Staaten Europas. Die sollte unbestritten sein, aber der Bundesrat lehnt auch diesen Teil des Postulates ab, von mir aus gesehen unbegreiflicher Weise. Die Zusammenarbeit ergibt sich aus ähnlicher oder mindestens vergleichbarer Interessenlage. Sie gibt die Möglichkeit, unsere Auffassung und unseren Beitrag wirkungsvoller zum Ausdruck zu bringen. Auf diesem Gebiete sind gewisse Wünsche bereits verwirklicht oder in Anfängen vorhanden, aber mir scheint es doch ungenügend zu sein. Ich zitiere die Antwort des Bundesrates, wo es heisst: «Man muss sich auch der Grenzen einer solchen Zusammenarbeit bewusst sein, denn jeder Staat hat seine eigenen Vorstellungen über Aussenpolitik, und nicht alle verfolgen zwangsläufig dieselbe Linie.» Ich habe mich nicht für eine grenzenlose Zusammenarbeit eingesetzt, sondern für eine sinnvolle, und von daher scheinen mir Vorsicht und Zurückhaltung des Bundesrates zu eilig und nicht mehr ganz zeitgemäss geäussert worden zu sein.

Zweiter Kreis: Von Fall zu Fall ergibt sich die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit weiteren Staaten, die zu Militärblöcken in Europa gehören, aber entweder über eine gewisse Freiheit verfügen, oder sich diese Freiheit im ausserpolitischen Bereich nehmen. Darauf antwortet der Bundesrat leider völlig negativ: Ewas ängstlich, fast möchte ich sagen, überängstlich. Genau diese Ängstlichkeit des Bundesrates macht es vielen engagierten Menschen in diesem Staate so schwer – vor allem jungen Menschen – der Aussenpolitik unseres Landes zu folgen, für sie Verständnis zu haben oder gar sich zu begeistern.

Der dritte Kreis betrifft die gesamteuropäische Zusammenarbeit. Ziel einer solchen Zusammenarbeit wäre mehr europäische Eigenständigkeit und weniger Abhängigkeit von den Weltmächten, ich sage ausdrücklich weniger Abhängigkeit von beiden Weltmächten. Europa darf nicht mehr weiterhin Anhängsel westlicher und östlicher Militärblöcke sein. Solche Regungen sind in zahlreichen Staaten vorhanden. Ich denke an Holland, die skandinavischen Staaten, aber auch an Rumänien. Das waren die Gründe, die zur Entwicklung in Polen geführt haben. Wir haben Anfänge in der Deutschen Demokratischen Republik erlebt und sehen sie ganz deutlich in der Bundesrepublik und in Frankreich. In diesem Zusammenhang sehe ich auch die Frage nach der Genehmigung der Sozialcharta durch die Schweiz, die Frage der Rechtsharmonisierung und die europäische Abrüstungskonferenz.

Ein Beispiel habe ich in meinem Postulat im Sinne eines neuen Akzentes ausdrücklich erwähnt, die atomwaffenfreie Zone in Europa vom Atlantik bis zum Ural. Der Bundesrat lehnt diese Idee ab, man dürfe dieses Problem nicht isoliert betrachten. Ich habe in keiner Weise gesagt, der Bundesrat müsse diesen Vorschlag isoliert sehen; ich habe ihn erwähnt als Beispiel im Rahmen dessen, was der Bundesrat

selber in seinem Abrüstungspapier 1978 zum Ausdruck gebracht hat, als er über regionale Vereinbarungen sprach, die zur Rüstungsbeschränkung oder Abrüstung führen könnten. Natürlich muss ein Zusammenhang der atomwaffenfreien Zone mit konventioneller Rüstungsbeschränkung berücksichtigt werden. Dass sich der Bundesrat gänzlich sperrt und nicht bereit ist, diesen Gedanken in der Form eines Postulats aufzunehmen und zu versuchen, ihn in seiner ausserpolitischen Tätigkeit zu realisieren, das bedaure ich.

Ich komme zum vierten Kreis, zur Verbindung Europas mit den Blockfreien Staaten. In einem Punkt war ich von der vorherigen Vorbeantwortung durch Herrn Bundesrat Aubert nicht befriedigt, vom Vergleich zwischen den Blockfreien Staaten und dem NATO-Bündnis. Das scheint mir verfehlt zu sein. Das Beobachterstatut oder auch die Mitgliedschaft bei den Blockfreien habe ich als Beispiel erwähnt. Es sollte damit zum Ausdruck gebracht werden: Wir wollen etwas Neues, wir wollen auf den Rüstungswettlauf, auf den Rüstungswahnsinn mit den bescheidenen Mitteln eines Kleinstaates eine neue Antwort versuchen. Sie könnte eine vermehrte Zusammenarbeit mit den Blockfreien Staaten sein. Aus der Geschichte wissen wir, dass die Neutralität eine europäische Institution ist, von europäischer Herkunft, ein Produkt der europäischen Rechtsgeschichte. Heute haben wir nicht mehr Europageschichte, sondern Weltgeschichte, und es wäre denkbar, dass die Blockfreiheit die weltpolitische Weiterentwicklung der europäischen Neutralität sein wird.

Den fünften Kreis können wir heute aus der Diskussion ausklammern – er betrifft die UNO und wird in den nächsten Jahren ausführlich besprochen werden.

Alle sagen: Wir wissen es, wir müssen uns ausserpolitisch mehr engagieren, wir müssen der Aussenpolitik einen höheren Stellenwert einräumen. Wenn aber Vorschläge gemacht werden, erfahren sie in erster Linie Skepsis und Ablehnung. Das ist wenig überzeugend. Es genügt heute – ich sage es nochmals – für engagierte und für junge Menschen nicht mehr, nur von der traditionellen Neutralität, von den traditionellen guten Diensten, von den traditionellen humanitären Verpflichtungen zu sprechen. Das ist recht und gut; aber es braucht neue Perspektiven. Ich lade Sie ein, im Sinne dieser neuen Perspektiven das Postulat dem Bundesrat zu überweisen.

Friedrich: Ich möchte zu diesem Postulat namens der FdP-Fraktion vier Bemerkungen machen.

Zunächst einmal ist es interessant, dass sich Herr Braunschweig hier für mehr Eigenständigkeit in Europa einsetzt, unter anderem auch – obschon das sonst nicht so sehr sein Thema ist – in militärischen Fragen. Herr Braunschweig, ich finde, dass eine solche vermehrte Eigenständigkeit an sich wünschenswert wäre. Aber: eigenständige Politik setzt auch ein entsprechendes Potential voraus, und das Elend Europas besteht doch gerade darin, dass es gegenüber den Weltmächten dieses Potential nicht besitzt und offenbar auch nicht willens ist, es zu schaffen. Und weil das so ist, ist gerade in militärischer Hinsicht der Schutzschild der USA für uns in Westeuropa vital; ohne diesen Schutzschild wären wir der Überlegenheit der östlichen Supermacht ausgeliefert, wie sie ja Ihr Fraktionspräsident Morel durchaus zu Recht geschildert hat. Man kann nicht eine Politik betreiben, ohne die entsprechenden Mittel zu besitzen, und Aussenpolitik ist auch nicht eine Frage der Begeisterung, sondern eine solche der Realitäten.

Zweite Bemerkung: Annäherung an die Blockfreien. Wir haben diese Frage hier ja schon einmal diskutiert. Ich möchte noch einmal alle Vorbehalte gegenüber einer engeren Bindung an diese Staatengruppe zum Ausdruck bringen, insbesondere solange Kuba oder Vietnam hier eine wesentliche Rolle spielen. Ich unterstütze die Haltung von Herrn Bundesrat Aubert in dieser Frage absolut. Wir haben keinen Anlass, Neutralität gegen Blockfreiheit einzutauschen, zumal wir ja in Westeuropa liegen und hier den Schwerpunkt unserer Existenz haben.

Dritter Punkt: Sie verlangen, Herr Braunschweig, den Einsatz für eine atomwaffenfreie Zone in Europa, und zwar – im Gegensatz zu Ihrer Abschwächung jetzt in der Begründung – fordern Sie in Ihrem Postulat ausdrücklich, dass der Bundesrat diese Idee unterstütze. Da muss ich nun meinerseits darauf hinweisen, dass man diese Atombewaffnung nicht einfach aus dem ganzen Zusammenhang herausreissen kann; denn mindestens so handfest und wahrscheinlich viel eher ersetzbar ist eine gewaltige konventionelle Rüstung, die Herr Morel durchaus zu Recht erwähnt hat, eine massive Überlegenheit des Ostens, und diese Rüstung geht weiter. Wenn Sie heute in Europa lediglich die Atomwaffen beseitigen, dann sind wir im Westen einfach dieser konventionellen Überlegenheit des Ostens ausgeliefert. Ich glaube, dass man das ganz klar und realistisch sagen muss. Es ist überdies eine Feststellung, die auch der sozialdemokratische französische Staatspräsident vor kurzem gemacht hat. Genau dasselbe gilt natürlich für die Neutronenwaffe. Auch die Neutronenwaffe ist überhaupt nur aktuell geworden, weil in Europa die nötigen konventionellen Abwehrmittel gegenüber den russischen Panzermassen fehlen.

Vierte und letzte Bemerkung: Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass schweizerische Aussenpolitik ihren Beitrag zum Abbau von Spannungen liefern soll, vor allem in Mitteleuropa. Das setzt aber auf der anderen Seite voraus, dass sich insbesondere die östlichen Satellitenstaaten solchen Bemühungen öffnen würden. In Polen ist ein solcher Prozess in Gang gekommen. Sie kennen sein trauriges Ende. Sie sehen also, wie aussichtsreich im Augenblick offenbar eine solche Politik ist, und auch an der KSZE-Konferenz in Madrid wird ja Obstruktion von genau derselben Seite betrieben. Ich glaube, dass die Schweiz da leider wenig ändern kann.

Fazit: Das Postulat von Herrn Braunschweig geht an den heutigen Realitäten vorbei und muss aus diesem Grunde abgelehnt werden.

Robbiani: Io parlo a favore del postulato del collega Braunschweig. Mi stupisco del rifiuto del Consiglio federale di accoglierlo e non trovo le contraddizioni tra il postulato del collega Braunschweig e l'intervento del capo-gruppo Morel in appoggio all'interpellanza del gruppo socialista. Che cosa vuole il Collega Braunschweig con il suo postulato? Chiede un riesame, dunque niente di impegnativo, e caso mai un semplice impegno esplorativo, dei vecchi e dei nuovi aspetti della politica estera, che deve essere necessariamente dinamica – è una sua espressione, signor Consigliere federale – e quindi deve considerare anche i nuovi aspetti. Chiede ancora «la collaboration avec les états neutres d'Europe», collaborazione già in atto. Lei ne ha parlato. Non si tratta quindi di una proposta rivoluzionaria, si tratta della costatazione di una situazione di fatto. Chiede ancora «le soutien à l'idée d'une Europe désatomisée, réalisation de cette idée par étapes», dunque il sostegno a una idea, non a un progetto o a un piano operativo preciso, e una realizzazione a tappe.

Si tratta di una proposta da diplomazia e non di uno slogan da marcia della pace. Dunque non credo, come ha detto a questa tribuna il collega Friedrich, che si tratti di scegliere, con questa proposta, tra l'Unione Sovietica e gli Stati Uniti. E chiede ancora, il terzo punto del postulato Braunschweig, «la collaboration accrue avec les états non alignés». È vero, anche Lei on. Consigliere federale l'ha ricordato, il nostro paese è piccolo e deve operare in tutta modestia per essere efficace. Però non deve essere più piccolo delle sue effettive dimensioni, la Svizzera non deve rinchiudersi in se stesso, può e deve continuare a collaborare con coloro, i paesi non allineati, che si identificano nella nostra politica estera. Non dimentichiamo che la minaccia atomica è un fatto socioculturale, non solo politico-militare. La delusione, il senso d'impotenza, sono altrettanto pericolosi dei missili. Il neo-pacifismo che è nato nei paesi nordici, negli ambienti protestanti, tra il movimento delle donne, il neo-pacifismo è avantutto una nuova cultura, è il rifiuto del gioco del potere, il rifiuto della politica di forza, cara ancora al collega Frie-

drich, è un nuovo rinascimento. Dimostriamo il coraggio delle idee, aiutiamo questo nuovo rinascimento, accettando un postulato che è riformista e non rivoluzionario.

Alder: Anlässlich der letzten grossen ausserpolitischen Debatte vor zwei Jahren – damals stand der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan im Zentrum unserer Diskussion – äusserten wir, bei aller Anerkennung der schweizerischen Beteiligung, Zweifel an der Opportunität des KSZE-Folgetreffens in Madrid. Entscheidend sei, so sagten wir damals, die Frage, welche Resultate diese weitere Konferenz überhaupt bringen könne, und dann wörtlich, im Blick auf die Sowjetunion: «Der Misserfolg ist eigentlich vorprogrammiert. Darüber werden auch noch so schön formulierte Erklärungen der Diplomaten nicht hinwegtäuschen können. Ein Staat, der nicht nur über die Machtmittel verfügt, sondern sie auch skrupellos einsetzt, wenn es um geostrategische Positionen und um die Bekämpfung ihm unangenehmer Ideen geht, ein solcher Staat kann doch nicht mit wohlgemeinten Papieren zur Raison gebracht werden.» Die Herren Braunschweig und Hubacher haben auf meine damalige Intervention sehr sauer reagiert.

Herr Braunschweig, Sie beurteilten die KSZE-Folgekonferenz in Madrid als längerfristige Antwort auf ein kurzfristiges Ereignis wie Afghanistan und versprachen sich positive Folgen des Dialogs. Die Entspannungspolitik, so erklärten Sie, sei nicht gescheitert, sie habe nur einen Rückschlag erlitten. Entspannungspolitik ist nun auch das Thema Ihres heutigen Vorstosses. Wir wissen nun aber, was wir mit dem Entspannungsdialog in Madrid erreicht haben: nichts. Die Konferenz in Madrid hat weder das auf Moskaus Druck in Polen etablierte Kriegsrechtsregime verhindert noch eine Änderung in Afghanistan gebracht; im Gegenteil. Polen ist heute mehr denn je klar auf Ostkurs getrimmt, Sie können das täglich in den Zeitungen lesen, und das Land erlebt nun erst recht wieder die «Segnungen» des sogenannten realen Sozialismus.

Der brutale Krieg der Sowjetunion in Afghanistan fordert immer mehr Opfer unter der Zivilbevölkerung, und während die Sowjets in Madrid nicht müde wurden, uns eine Abrüstungskonferenz schmackhaft zu machen, haben sie massiv weiter aufgerüstet, spionieren sie hemmungslos in den Territorialgewässern des neutralen Schweden und neustens auch in Italien in der Bucht von Tarent und anderen-orts herum.

Glauben Sie bitte nicht, dass uns das Gefühl, die Lage vor zwei Jahren richtig beurteilt zu haben, heute mit besonderer Befriedigung erfüllt. Unsere Besorgnis ist nur noch grösser geworden. Es kommt aber – und das möchte ich Herrn Braunschweig sagen – nun in jedem Fall einmal der Zeitpunkt, da man mit Illusionen aufräumen, da man einsehen muss, dass sich Hoffnungen zerschlagen haben. Wenn dieser Zeitpunkt nicht schon vor zwei Jahren gekommen war, dann jedenfalls heute.

Der Bundesrat hat aus unserer Sicht in Madrid mit seinem Vorschlag, die Konferenz zu vertagen, die richtigen Konsequenzen gezogen. Es hat wirklich keinen Sinn, mit den sozialistischen Staaten über Grundsätze der KSZE-Akte und ihre Verwirklichung und über Entspannung zu diskutieren, wenn diese Grundsätze von diesen Staaten – vor allem der Sowjetunion – mehr denn je mit Füßen getreten werden. Das sollten auch Sie, Herr Braunschweig, einsehen. Es hat keinen Sinn, ein weiteres Forum, das sich mit der Abrüstung befasst, zu schaffen, nachdem im Bereich der sogenannten vertrauensbildenden Massnahmen, wie Sie auch wissen, Herr Braunschweig, nicht der geringste Fortschritt erzielt werden konnte. Jene, die unsere Sicherheit bedrohen durch ungeniertes Herumspionieren an fremden Küsten und gigantische Rüstungsanstrengungen, beweisen, dass sie nicht den Frieden wollen.

So ist denn auch nicht einsichtig, Herr Braunschweig, wie nun nach dem Madrid-Debakel in nächster Zeit gesamteuropäische Zusammenarbeit nach den Vorstellungen, wie Sie sie uns vorgetragen haben, überhaupt noch gepflegt werden könnte.

An sich sind wir durchaus damit einverstanden, dass uns auch diese besorgniserregende Entwicklung der letzten Jahre nicht davon entbindet, nach neuen Möglichkeiten der Aussenpolitik Ausschau zu halten. Was Sie uns aber anbieten, Herr Braunschweig, bringt uns mit Sicherheit nichts. Was soll eine Mitarbeit bei den sogenannten blockfreien Staaten, einer in sich selbst zerrissenen Gruppe? Wir teilen hier voll und ganz die Auffassung des Bundesrates, wie sie vorhin dargelegt wurde. Unsere primäre Interessensphäre ist Europa, und hier postulieren Sie ein Engagement unseres Landes zugunsten einer sogenannten atomwaffenfreien Zone vom Atlantik bis zum Ural. Herr Braunschweig, Sie vergessen oder Sie wollen einfach nicht wahrhaben, dass die atomare Bedrohung Westeuropas auch von jenseits des Urals und von den Weltmeeren her erfolgt. Ihr Vorschlag (dazu gehört auch das Stichwort «militärisch verdünnte Zonen») geht meilenweit an den leider machtpolitisch determinierten Gegebenheiten vorbei und birgt im Ergebnis, gewollt oder ungewollt, die Gefahr, dass wir noch wehrloser werden. Sie können, Herr Braunschweig, weder vom Bundesrat noch von uns verlangen, das Initiativen ergriffen werden, deren Erfolglosigkeit nun wirklich jedem einsichtig sein muss, der bereit ist, sich seriös mit den Tatsachen auseinanderzusetzen.

Wir schliessen uns deshalb dem bundesrätlichen Antrag an, das Postulat abzulehnen. Ich meine freilich, mit der Ablehnung Ihres Postulates, Herr Braunschweig, ist es natürlich an sich nicht getan. Insbesondere ist die Frage nicht beantwortet, was nach dem vorprogrammierten Misserfolg der KSZE-Runde in Madrid nun eigentlich geschehen soll.

Aus unserer Sicht bilden die Prinzipien der KSZE ein Ganzes. Sie dürfen nicht in dem Sinne in «Körbe» aufgeteilt werden, dass die Verletzung zum Beispiel der Grundsätze der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten oder die Verletzung des Verzichts auf Drohung mit Gewalt ohne Einfluss auf die wirtschaftliche Kooperation sein kann. Die Helsinki-Akte ist kein «Menu à la carte». Damit liegt für uns auf der Hand, dass nach Afghanistan und nach Polen die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ostblock überprüft werden müssen. Noch sind wir glücklicherweise auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ostblock nicht angewiesen. Nachdem aber offenbar weiterhin ein reges Interesse der Sowjetunion an Westprodukten besteht, muss hier der Hebel angesetzt werden. Ich appelliere an die führenden Kreise der Wirtschaft, die Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Staaten einzuschränken. Es ist wahrlich nicht zu verstehen, was uns veranlassen sollte, auf den Einsatz dieses einzigen noch halbwegs wirksamen Mittels, über das wir verfügen, zu verzichten.

Die Idee, durch wirtschaftliche Kooperation zur Entspannung in Europa beizutragen, lässt sich auf dem Hintergrund der Ereignisse in den letzten zwei Jahren wohl nicht mehr weiter verfolgen. Im Gegenteil, wir sind an einem Punkt angelangt, da wirtschaftliche Beziehungen nurmehr im Dienste einer aggressiven Politik stehen, die uns mittel- oder langfristig nur Schaden zufügen kann. Je weniger die Sowjetunion von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen Nutzen ziehen kann, desto mehr wird sie gezwungen sein, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel für friedliche Zwecke, beispielsweise zur Ernährung der eigenen Bevölkerung, einzusetzen, statt sie im Rüstungsbereich zu investieren. Das, Herr Braunschweig, ist ja auch eine Form der indirekten Rüstungsbegrenzung und insofern ein durchaus gangbarer Weg mit demselben Ziel, das Sie auch anvisieren.

Wir bitten Sie, das Postulat abzulehnen.

M. Aubert, conseiller fédéral: Tout d'abord je remercie M. Braunschweig de ses propos. J'aimerais que nous en restions aux questions posées dans votre postulat et que nous renoncions à envisager la politique internationale tous azimuts. Vous posez trois questions relativement précises. Concernant la politique internationale de la Suisse, je vous renvoie à la réponse donnée par le Conseil fédéral à l'interpellation du groupe PdT, POCH, PSA du 1^{er} juin 1981, une

longue réponse, dans laquelle le Conseil fédéral a exposé ses principes en ce domaine.

Ce que nous avons entrepris en faveur de la paix depuis 1864, à Genève, où nous avons réuni plusieurs conférences, l'effort que nous avons fait pour la codification du droit humanitaire en matière de conflits armés, du droit humanitaire de façon générale, le règlement pacifique des différends, la proposition de la Suisse en vue de mettre sur pied un système de règlement pacifique des différends dans le cadre de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, qui a fait l'objet de la réunion d'experts de Montreux en octobre 1978, tout cela illustre bien les intentions du Conseil fédéral en matière de politique étrangère. Ces exemples suffisent.

Vous nous posez une première question qui a trait au renforcement de la collaboration en matière de politique étrangère avec les Neutres d'Europe et certains Etats membres des blocs militaires; vous voudriez dégager des vues européennes autonomes, propres à l'ensemble du continent. En réalité, il y a plusieurs Europes: l'Europe géographique qui va de Moscou jusqu'à l'Atlantique, l'Europe des vingt-et-un – le Conseil de l'Europe –, l'Europe des dix; il y a enfin l'Europe des diverses alliances militaires et économiques des deux blocs. Trouver une politique commune est une utopie en la situation actuelle. Monsieur Braunschweig, nous devons être honnêtes, nous ne pouvons accepter un postulat que dans la mesure où nous l'estimons réalisable. Vous demandez un renforcement de la collaboration en politique extérieure avec les Neutres d'Europe et certains des Etats des blocs militaires. Je peux vous assurer que nous avons déjà des contacts très étroits avec les Etats neutres ainsi qu'avec d'autres Etats européens non neutres. Nous avons des contacts annuels avec les pays voisins. Nous ne pouvons pas toujours avoir une complète concordance de vues avec les autres Etats neutres. M. Otto Fischer ne me disait-il pas, en mars 1979, du haut de cette tribune: «M. Aubert, nous ne voulons pas – il le disait dans un excellent français d'ailleurs – de la neutralité à la suédoise!» Malgré des options communes les Etats neutres n'ont pas pour autant une même neutralité. Il est évident que dans certaines situations politiques, la Finlande ne pourra pas se comporter comme nous. Il en va de même de l'Autriche, dont la neutralité est le résultat du «Staatsvertrag» de 1955 que vous connaissez, et de la Suède qui a souvent des opinions beaucoup plus tranchées que nous en matière de politique étrangère. Nous sommes allés jusqu'à l'extrême limite de l'entente et de la recherche d'une voie commune à la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, à la Conférence de Madrid. Je ne reviens pas sur ce que j'ai dit tout à l'heure.

Second point: vous nous demandez d'apporter notre soutien à l'idée d'une Europe considérée comme une zone désatomisée de l'Atlantique à l'Oural. Sur ce point nous devons être absolument au clair: la réduction des armes nucléaires ne peut être envisagée qu'au niveau mondial. La simple dénucléarisation européenne ne suffit pas. Si l'on veut parler de désarmement, je l'ai dit tout à l'heure, il faut parler de désarmement conventionnel et de désarmement nucléaire. Or, vous savez quels sont les forums qui existent actuellement en matière de désarmement, de réduction et de contrôle des armements dans le monde. Il est peut-être utile de les rappeler: c'est la limitation des missiles nucléaires internationaux, le SALT II qui, à la suite du refus d'acceptation des négociations par le Congrès américain, a pris le nouveau nom de «START». Ce START ne démarre pas parce que la situation internationale de méfiance est telle entre l'Est et l'Ouest que ces négociations sont bloquées, probablement pour un certain temps encore. Il y a les négociations euro-stratégiques pour les missiles nucléaires à moyenne portée en Europe, celles qui viennent de s'ouvrir le 30 novembre 1981, entre les Soviétiques et les Américains, à Genève. Après les entretiens que j'ai pu avoir, le 25 janvier, avec M. Haig, secrétaire d'Etat, avec M. Gromyko, ministre des affaires étrangères d'URSS, et après ceux que j'ai eus, le 5 mars dernier, avec M. Krit-

zinski, président de la délégation soviétique à Genève, je peux vous dire que les points de vue sont assez éloignés. La méfiance qui règne actuellement entre l'Est et l'Ouest fait que cette conférence n'a guère de chances d'aboutir rapidement à des résultats heureux. Il y a la négociation sur la réduction mutuelle et équilibrée des forces, la MBFR; elle siège depuis huit ans à Vienne et est également bloquée. Il y a le Comité des Nations Unies sur le désarmement, à Genève, où nous participons comme observateurs au plenum de deux groupes de travail. Et enfin, l'espoir de cette deuxième session extraordinaire de l'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies qui va s'ouvrir – on l'a rappelé tout à l'heure – le 7 juin prochain, et qui durera jusqu'au 9 juillet. Nous pouvons déjà prévoir que la stagnation des discussions entre les deux blocs, sur le désarmement, affectera très certainement et bien malheureusement les résultats de cette deuxième session.

Le troisième point que vous avez soulevé, c'est celui d'une collaboration accrue avec les Etats non alignés. Je ne vais pas répéter ce que j'ai déclaré tout à l'heure concernant notre statut d'invité, que nous conserverons. Je vous rappelle que nous avons participé au cinquième sommet de Colombo en 1976, à la Conférence des ministres des affaires étrangères, à Belgrade, en 1978, au sixième sommet de la Havane en 1979, ainsi qu'à la Conférence des ministres des affaires étrangères à New Delhi en 1981. Nous avons donc répondu à toutes les invitations qui nous ont été envoyées par les pays non alignés avec lesquels – je l'ai dit tout à l'heure – nous entretenons des contacts réguliers et excellents. Il est exclu que nous puissions devenir membre de ce mouvement des non-alignés, j'en ai expliqué les raisons. Monsieur Braunschweig, voilà pourquoi, malheureusement, le Conseil fédéral ne peut pas accepter votre postulat. En l'acceptant, nous nous engageons à étudier de façon positive les questions que vous nous posez, les problèmes que vous nous demandez de résoudre. Or, en l'état actuel des choses, nous ne le pouvons pas.

C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral vous demande, Mesdames, Messieurs les conseillers, de rejeter le postulat.

Präsidentin: Wir stimmen ab über das Postulat Braunschweig. Der Bundesrat lehnt es ab. Der Postulant hält daran fest.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung des Postulates	18 Stimmen
Dagegen	83 Stimmen

81.520

Postulat Roy

Politik der Guten Dienste

Politique des bons offices

Wortlaut des Postulats vom 8. Oktober 1981

Der Bundesrat wird ersucht, Massnahmen vorzuschlagen, mit dem Ziel, unserer Politik der Guten Dienste – der Grundlage unserer Aussenpolitik – den Platz zurückzugeben, den sie bisher auf der internationalen Bühne eingenommen hat, und ihr insbesondere die materiellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die ihr die wirksame Erfüllung ihres Auftrages erlauben.

Texte du postulat du 8 octobre 1981

Le Conseil fédéral est prié de présenter un projet en vue de rendre à notre diplomatie de bons offices – qui fonde notre politique extérieure – la place qu'elle occupait jusqu'ici sur

la scène internationale, en lui donnant notamment les moyens matériels lui permettant de remplir efficacement sa mission dans le monde.

Unterzeichner – Cosignataires: Bäumlin, Brélaz, Carobbio, Christinat, Crevoisier, Darbellay, Dirren, Gerwig, Gloor, Grobet, Humbel, Jelmini, Loetscher, Robbiani, Vannay (15)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Des personnalités représentatives des milieux les plus divers ont, ces dernières années, déploré le fait que notre diplomatie de bons offices ait perdu pied – en faveur d'autres pays européens – dans certains compartiments de ses activités traditionnelles, notamment dans les secteurs de la médiation, de l'arbitrage, des organisations et conférences internationales. Ses mandats actuels ressortissent dans une très large mesure à la défense des intérêts de pays en rupture de relations diplomatiques. A ce jour, ces mandats sont au nombre de 17, confiés par 11 Etats dans un ou plusieurs pays tiers, soit l'Iran, les Etats-Unis, Israël, le Brésil, la Pologne, le Guatemala, la Grande-Bretagne, le Honduras, la Côte d'Ivoire, l'Afrique du Sud, la Colombie. Aux dires de nos représentations dans les missions internationales, la Suisse n'a plus le crédit qui était le sien dans un passé récent. Cette situation est préoccupante dans la mesure où notre politique extérieure est étroitement associée à ce type d'activités. Il semble que des défaillances en moyens matériels et en personnel soient à l'origine de cette situation.

Nous sommes le pays d'Henri Dunant et de la Convention de Genève. Cela suppose que notre diplomatie de bons offices soit active. Il n'est pas tolérable que là où règne la misère résultant de la violence armée, de la dictature, de la guerre civile, nous nous retranchions derrière la solution de facilité des blâmes et condamnations platoniques. Nous ne pouvons regarder les bras croisés les massacres qui ensanglantent l'Iran et l'Afghanistan. Nous devons au contraire faire rayonner l'image d'un pays aux traditions humanitaires disponibles et empressées.

Car, si nous sommes félicités par le Pentagone pour notre «effort de guerre», notre effort de paix qui devrait être l'attribut prioritaire de la neutralité active, n'y trouve pas son compte.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

1. Le postulat part avant tout de l'idée que, par manque de personnel et de moyens matériels, la politique des bons offices de la Suisse n'est plus apte, aussi souvent que par le passé, à promouvoir la bonne entente au sein de la communauté internationale, à régler les différends ou au moins à atténuer les conflits, ceci également dans l'intérêt des particuliers. Ainsi, la Suisse suivrait la voie de la facilité et manquerait à son devoir à l'égard de la communauté des Etats. Le postulat relève en outre que la protection des intérêts étrangers, en cas de rupture des relations diplomatiques, ne représente qu'un aspect de la politique des bons offices.

Le Conseil fédéral est aussi d'avis que la médiation dans les différends entre Etats, le fait d'assumer des mandats internationaux, celui de favoriser les négociations entre Etats tiers, l'accueil sur notre territoire d'organisations internationales et le règlement pacifique des conflits internationaux entrent également dans la définition des bons offices, au même titre que la protection des intérêts étrangers. Dans tous ces domaines d'activités, la Suisse a fourni une contribution non négligeable dans un passé encore récent. Son rôle n'est pas pour autant terminé: elle accueille toujours sur son sol un grand nombre d'organisations internationales, gouvernementales et non gouvernementales; elle a organisé à Genève, de 1974 à 1977, une conférence diplomatique internationale sur la réaffirmation et le développement du droit international humanitaire applicable dans les conflits armés; elle facilite l'exercice de l'arbitrage international; elle assume encore aujourd'hui son mandat interna-

Postulat Braunschweig Aussenpolitik. Neue Aspekte

Postulat Braunschweig Politique étrangère. Nouveaux aspects

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	81.534
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.03.1982 - 15:30
Date	
Data	
Seite	262-267
Page	
Pagina	
Ref. No	20 010 312

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.